

Protokoll 15. Bezirksdelegierten Konferenz  
Der Bezirksschüler\*innenvertretung  
Bonn-Rhein-Sieg

Es wird im Ratssaal der Stadt Bonn im Stadthaus in Bonn getagt.  
Es wurden vorerst 91 Mandate ausgegeben.  
Vorläufiger Protokollant: [REDACTED]

TOP 1- Eröffnung und Formalien 9:42 Uhr:

Die Sitzung wird durch [REDACTED] um 9:42 Uhr eröffnet.

Wahl der Tagespräsidiums, bzw. des TaPräs durch Mehrheit auf Sicht:  
[REDACTED]

Wahl der Zählkommissionen 1 und 2 durch eine Mehrheit auf Sicht:

Kommission 1: [REDACTED]

(HES)

Kommission 2: [REDACTED]

(KAG),

Annahme des Protokolls der 14. BDK durch eine Mehrheit auf Sicht.

Annahme des Vorschlags der Tagesordnung

Wahl des Protokollanten durch Mehrheit auf Sicht:  
[REDACTED]

TOP 2 Service 9:57 Uhr:

Zwischenrechenschaftsbericht wurde von [REDACTED] vorgestellt.

TOP 3 Antragsdebatte 9:59 Uhr:

Alle Anträge, die aufgerufen wurden, sind diesem Protokoll am Ende beigefügt:

A1: Antrag für regelmäßige Abstände der BDKen (10:00)

- Der Antragstext wird vorgelesen.
- Die Antragsstellende Personen hat die Begründung vorgetragen
- Gegenrede inhaltlich. (10:07)
- GO Antrag auf Eröffnung einer Generaldebatte.
  - Gegenrede inhaltlich (10:11)
  - Antrag durch einfach Mehrheit angenommen
  - GO Antrag auf Überweisung an den Vorstand (10:21)
    - Gegenrede inhaltlich (10:23)
    - Antrag durch einfache Mehrheit angenommen.

A2: Antrag für Bereitstellung von Hygiene Artikeln auf sanitäre Anlagen (10:28)

- Der Antragstext wurde vorgelesen.
- Die Antragsstellende Personen hat die Begründung vorgetragen
- Gegenrede inhaltlich (10:32)
- GO Antrag auf Eröffnung einer Generaldebatte. (10:35)
  - Gegenrede formal
  - Antrag durch einfach Mehrheit angenommen. (10:38)
  - Die Generaldebatte wird geführt
  - Antrag auf Redezeitbegrenzung auf 1 min
    - Gegenrede formal
    - Antrag angenommen durch Mehrheit auf Sicht
  - Die Generaldebatte wird geführt (10:41)
  - GO Antrag auf Schließung der Rednerliste
    - Gegenrede inhaltlich

- Antrag angenommen durch Mehrheit auf Sicht (10:49)
- Die Generaldebatte wird geführt.
- Ä1 auf A2 10:59:
  - Antragstext wurde vorgelesen
  - Antragsstellende Person von Ä1 hat die Begründung vorgelesen
  - Antragsstellende Person nimmt den Änderungsantrag an
- Antrag durch Mehrheit auf Sicht angenommen

A3: Änderungsantrag zum Grundsatzpapier §6 (11:03)

- Der Antragstext wurde vorgelesen.
- Die Antragsstellende Person hat die Begründung vorgelesen.
- Gegenrede inhaltlich (11:05)
- Antrag durch Mangel an Fürstimmen abgelehnt

A4: Änderungsantrag zum Grundsatzpapier §3.3, §3.4

- Der Antragstext wurde vorgelesen. (11:10)
- Die Antragsstellende Person hat die Begründung vorgelesen.
- Antrag ohne Gegenrede angenommen

A5: Änderungsantrag zum Grundsatzpapier §1, §3.1

- Der Antragstext wurde vorgelesen. (11:14)
- TO: Vorzug der Pause
  - Gegenrede formal
  - Antrag abgelehnt aufgrund mangelnder Fürstimmen
- Antrag ohne Gegenrede angenommen (11:20)

A6: Änderungsantrag zum Grundsatzpapier §3.4

- Der Antragstext wurde vorgelesen (11:23)
- Gegenrede Inhaltlich
- GO Antrag auf Generaldebatte
  - Gegenrede formal
  - Aufgrund mangelnder Fürstimmen abgelehnt
- Mit 31 Nein-Stimmen abgelehnt

Zwischenschub 91 zu 90 Mandaten

A7: Änderungsantrag zum Grundsatzpapier § 10

- Der Antragstext wurde vorgelesen. (11:28)
- Die Antragsstellende Person hat die Begründung vorgelesen.
- Antrag ohne Gegenrede angenommen

A8: Änderungsantrag zum Grundsatzpapier § 8

- Der Antragstext wurde vorgelesen. (11:28)
- Die Antragsstellende Person hat die Begründung vorgelesen.
- Gegenrede Inhaltlich
- Antrag durch Mehrheit auf Sicht angenommen.

A9: Änderungsantrag zum Grundsatzpapier § 8

- Der Antragstext wurde vorgelesen. (11:32)
- Die Antragsstellende Person hat die Begründung vorgelesen.
- Gegenrede Inhaltlich
- Antrag durch mangelnde Fürstimmen abgelehnt

A10: Änderungsantrag zum Grundsatzpapier § 8.2

- Der Antragstext wurde vorgelesen. (11:35)
- Die Antragsstellende Person hat die Begründung vorgelesen.
- Gegenrede Inhaltlich
- Antrag durch mangelnde Fürstimmen abgelehnt.

A11: Änderungsantrag zum Grundsatzpapier § 6

- Der Antragstext wurde vorgelesen. (11:39)
- Die Antragsstellende Person hat die Begründung vorgelesen.
- Gegenrede Inhaltlich
- GO Antrag auf Generaldebatte. (11:42)
  - Gegenrede Inhaltlich
  - Wegen mangelnder Fürstimmen abgelehnt.
- Antrag durch Mehrheit auf Sicht abgelehnt

TO Vorzug von TOP 6, Wegfall von TOP 4 und 5  
 - angenommen

TOP 4: Mittagspause: -

TOP 5: Antragsdebatte: -

TOP 6 Verabschiedung: (11:49)

A1: Regelmäßige Zeitabstände der künftigen BDK

Antragsteller:



Antragstext:

Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass die künftigen Konferenzen in zeitlich geregelten Abständen stattfinden (z.B. alle zwei oder drei Monate). Diese sollen den Delegierten deutlich kommuniziert werden, sodass keine Unklarheiten entstehen, und am Ende der jeweiligen BDK einmal ausgestrahlt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich!

A2: Bereitstellung von Hygieneartikeln auf sämtlichen Schultoiletten

Antragsteller:



Antragstext:

Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge sich darum bemühen, dass die Information der Aufwertung der Schultoiletten durch Hygieneartikel (z.B. Binden, Tampons, Desinfektionsmittel, usw.) an den Schulleitungen der Schulen unseres Bezirkes durch E-Mails bekannt wird. Diese Artikel sind notwendig um eine sichere und wohlfühlende Atmosphäre für die Schüler zu gewährleisten. Darum ist eine Bemühung der BSV, diese Aufwertungen bereitzustellen, eine notwendige Leistung.

Begründung:

(Begründung erfolgt mündlich)

Ä1 auf A2:

Antragstext:

Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass der Bezirksvorstand ein Aktionspapier zum Thema "Wie bringe ich Menstruationsprodukte an meine Schule?" verfasst und bis zur nächsten BDK auf der Website der BSV bereitstellt.

Zusätzlich zum Aktionspapier sollen folgende Dokumente zur Verfügung gestellt werden:

- Musterantrag für die Schulkonferenz
- Vorlage für eine Unterschriftenliste

Schüler\*innen aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis sollen somit eine konkrete Handreichung zur Verfügung gestellt bekommen, wie ein solcher politischer Kampf geführt werden kann.

Auch soll der Bezirksvorstand klar signalisieren, dass er gerne als Ansprechpartner zu diesem Thema fungiert und SVen an den Schulen unterstützt.

### **Antragsbegründung:**

erfolgt mündlich

A3: Änderungsantrag zum Grundsatzpapier §6

Antragstellende: BeVo im Auftrag der 13.BDK

Der Abschnitt soll in Gänze durch folgenden Wortlaut ersetzt werden:

Neuer Wortlaut:

„Die Präsenz der Bundeswehr darf nicht zu einer einseitigen Darstellung führen. Schulen sind Orte kritischer Bildung, in denen Schüler:innen selbstbestimmt urteilen können. Dabei soll sowohl die Bedeutung der Bundeswehr für die Sicherung von Demokratie und Freiheit berücksichtigt werden, als auch die Folgen von Krieg und militärischem Handeln.“

Forderungen:

Die Bundeswehr darf nur auftreten, wenn neutrale und vielfältige Perspektiven sichergestellt sind; dazu gehört auch die Stärkung politischer und militärischer Bildung, um Einflussnahme von EU- oder deutschlandfeindlichen Akteuren zu verhindern.

Eine Einbindung von Friedensinitiativen, Menschenrechtsorganisationen oder vergleichbaren Akteur:innen ist – wo organisatorisch möglich – sicherzustellen, um Pluralität der Perspektiven zu gewährleisten.

Schulen bleiben Räume kritischer Bildung, in denen Schüler:innen frei von militärischer Einflussnahme eigenständig urteilen können. Gleichzeitig soll Aufklärung über sicherheitspolitische Realität und demokratische Verantwortung gefördert werden.

(Alter Wortlaut)

### **6. BUNDESWEHR AN SCHULEN**

Schulen sind Orte der Bildung, nicht der Rekrutierung. Die Präsenz der Bundeswehr vermittelt oft ein einseitiges Bild, das militärische Laufbahnen betont und die Folgen von Krieg ausblendet.

Wir fordern:

dass die Bundeswehr nur auftreten darf, wenn neutrale und vielfältige Perspektiven sichergestellt sind,

die verpflichtende Einbindung von Friedensinitiativen, Menschenrechtsorganisationen oder vergleichbaren Akteur\*innen,

die klare Sicherung von Schulen als Räume kritischer Bildung, in denen Schüler\*innen eigenständig urteilen können, frei von militärischer Einflussnahme.

## A4 Änderungsantrag zum Grundsatzpapier

Antragstellende: BeVo im Auftrag der 13.BDK

Die 14. BDK möge folgenden Änderungsantrag annehmen:

### 3. SCHULPOLITIK

#### 3.1 Schule als Gemeinschaft

Schule ist mehr als ein Ort des Lernens, sie ist ein grundsätzlicher Bestandteil des Lebens eines/einer jeden Jugendlichen. Wir fordern, dass sie von allen Beteiligten gemeinschaftlich gedacht wird. Nur in Zusammenarbeit von Schüler\*innen, Lehrkräften und Eltern kann Schule ein Ort werden, an dem Demokratie, Teilhabe und ein respektvolles Miteinander gelebt werden.

#### 3.2 Notendruck

Das bestehende Notensystem erzeugt bei vielen Schüler\*innen enormen Druck, Stress und Angst. Wir fordern eine Reform, die den Fokus stärker auf Lernprozesse, individuelle Entwicklung und vielfältige Leistungsnachweise legt. Ziel ist eine faire und zeitgemäße Leistungsbewertung, die Motivation fördert statt blockiert.

#### 3.3 Mentale Gesundheit

Mentale Gesundheit ist eine Grundvoraussetzung für Bildung und persönliche Entwicklung. Dennoch werden Stress, Leistungsdruck und psychische Belastungen in Schulen oft übersehen.

Wir fordern:

- verpflichtende Projektstage zur mentalen Gesundheit,
- die Integration von Stressbewältigung, Resilienz und Achtsamkeit in den Unterricht,
- mehr Schulpsycholog\*innen und Sozialarbeiter\*innen,
- niedrigschwellige Beratungsangebote direkt an den Schulen,
- verbindliche Präventionskonzepte gegen Mobbing,
- Lehrkräfte sollten entlastet werden.
- 10 bis 30 min im Schuljahr für verbindliche und vertrauliche Gespräche bei Schulpsycholog\*innen zur Förderung von mentaler Gesundheit

#### 3.4 Digitalisierung Eine moderne Schule braucht eine verlässliche digitale Ausstattung.

Wir fordern:

- IT-Fachkräfte an allen Schulen,
- verpflichtende Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Medien,
- Förderung von Medienkompetenz bei Schüler\*innen,
- klare Richtlinien für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz: Sie darf nur unterstützend wirken, nicht zur Kontrolle oder Bewertung,
- digitale Endgeräte für alle Schüler\*innen, unabhängig von Einkommen.  Dass die Schulen in jedem Raum WLAN zur Verfügung stellen müssen

Deswegen beanspruchen wir, dass in der Landes- und Bundespolitik Gelder bereitgestellt werden müssen Digitalisierung. Die Finanzierung der Schule soll oberste Priorität haben auf Landes- und Bundesebene. Schulen müssten die bestausgestatteten Gebäude sein!

- Notendruck: Was meint man konkret? Die BSV

A5: Änderungsantrag

Änderungsantrag zum Grundsatzpapier

Antragstellende: BeVo im Auftrag der 13.BDK

Der Abschnitt soll in Gänze durch folgenden Wortlaut ersetzt werden:

Grün: Inhaltlich

Rot: Satzbau/Grammatik/Wortwahl

Blau: Gendern

Die Bezirksschüler\*innenvertretung Bonn Rhein-Sieg (BSV) versteht sich als die Stimme aller Schüler\*innen im Rhein-Sieg-Kreis und in der Bundesstadt Bonn. Unser Ziel ist es, die Schule demokratischer, gerechter und menschlicher zu gestalten. Schule soll ein Ort sein, an dem alle jungen

Menschen unabhängig von Herkunft, finanziellen Mitteln oder persönlicher Situation ihre Talente entfalten und ihre Persönlichkeit entwickeln können.

## 1. SCHÜLER\*INNENVERTRETUNGEN

### 1.1 Existenz und Rechte von SV

Obwohl das Schulgesetz gemäß §74 des Landes Nordrhein-Westfalens eine SV vorsieht, werden ihre

Rechte vielerorts eingeschränkt. Wir fordern, dass SV-Arbeit an allen Schulen garantiert und aktiv gefördert wird. Die Verantwortung für die Existenz einer SV muss bei der Schulleitung liegen.

### 1.2 Einfluss und Mitbestimmung

Eine SV darf nicht auf Kuchenverkauf reduziert werden. Wir fordern, dass Mitbestimmung, besonders

in Schulkonferenzen, anhand der Erlasse des jeweiligen Schulträgers konsequent und nach geltendem

Recht zu jeder Zeit realisiert wird, um die Partizipation der Schüler\*innen zu gewährleisten. Hierzu sollte die Schulleitung verpflichtet werden sicherzustellen, dass die SV Vertreter\*innen für die Schulkonferenz wählt.

### 1.3 Basisdemokratie

SV-Arbeit ist gelebte Demokratie. Wir sehen es als Pflicht aller Schulen durch eine Schüler\*innenvertretungen, Demokratie erfahrbar machen und so zu einer solidarischen Gesellschaft

beitragen. Die SV muss transparent gegenüber den Schüler\*innen arbeiten, die diese vertritt und deren Anliegen zuverlässig in ihre Arbeit einbinden.

### 1.4 Unterstützung aller Schulformen

Wir fordern, dass alle Schulformen – besonders Gesamtschulen, Realschulen und Berufsschulen – ihre SVen bestmöglich unterstützen und stärken.

## 2. BEZIRKSSCHÜLER\*INNENVERTRETUNG

### 2.1 Legitimation und Repräsentation

Die BSV Bonn Rhein-Sieg versteht sich als legitime Interessenvertretung aller Schüler\*innen aus Bonn

und dem Rhein-Sieg Kreis. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass noch nicht alle Schulen und Schulformen

vertreten sind. Wir streben kontinuierlich eine bessere Einbindung an.

### 2.2 Lobby für alle

Wir vertreten die Interessen aller Schüler\*innen aus unserem Kreis, unabhängig von Schulform, Herkunft oder Wohnort.

### 2.3 Klare Distanzierung von Diskriminierung

Wir lehnen jede Form von Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus und anderen Diskriminierungen ab. Zusammenarbeit mit diskriminierenden Organisationen schließen wir kategorisch aus.

#### 2.4 Politische Unabhängigkeit

Die BSV ist überparteilich. Delegierte und Vorstand sind allein dem Willen der Schüler\*innen verpflichtet und müssen weitgehend Neutralität wahren. Jedoch, SVen sind eine wichtige gesellschaftliche Interessenvertretung Jugendlicher und besonders von Schüler\*innen und sollte daher zu wichtigen gesellschaftsrelevanten Debatten im Namen der Schüler\*innenschaft Stellung beziehen.

### 3. SCHULPOLITIK

#### 3.1 Schule als Gemeinschaft

Schule ist mehr als ein Ort des Lernens, sie ist ein grundsätzlicher Bestandteil des Lebens eines/einer

jeden Jugendlichen. Wir fordern, dass sie von allen Beteiligten gemeinschaftlich gedacht wird. Nur in

Zusammenarbeit von Schüler\*innen, Lehrkräften und Eltern kann Schule ein Ort werden, an dem Demokratie, Teilhabe und ein respektvolles Miteinander gelebt werden.

#### 3.2 Notendruck

Das bestehende Notensystem erzeugt bei vielen Schüler\*innen enormen Druck, Stress und Angst. Wir

fordern eine Reform, die den Fokus stärker auf Lernprozesse, individuelle Entwicklung und vielfältige

Leistungsnachweise legt. Ziel ist eine faire und zeitgemäße Leistungsbewertung, die Motivation fördert statt blockiert.

#### 3.3 Mentale Gesundheit

Mentale Gesundheit ist eine Grundvoraussetzung für Bildung und persönliche Entwicklung. Dennoch

werden Stress, Leistungsdruck und psychische Belastungen in Schulen oft übersehen.

Wir fordern:

- verpflichtende Projektstage zur mentalen Gesundheit,
- die Integration von Stressbewältigung, Resilienz und Achtsamkeit in den Unterricht,
- mehr Schulpsycholog\*innen und Sozialarbeiter\*innen,
- niedrigschwellige Beratungsangebote direkt an den Schulen,
- verbindliche Präventionskonzepte gegen Mobbing,

- Lehrkräfte sollten entlastet werden.

#### 3.4 Digitalisierung

Eine moderne Schule braucht eine verlässliche digitale Ausstattung.

Wir fordern:

- IT-Fachkräfte an allen Schulen,
- verpflichtende Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Medien,
- Förderung von Medienkompetenz bei Schüler\*innen,
- klare Richtlinien für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz: Sie darf nur unterstützend wirken, nicht zur Kontrolle oder Bewertung,
- digitale Endgeräte für alle Schüler\*innen, unabhängig von Einkommen.

#### 3.5 Finanzierung

Der Bildungssektor wurde zu lange als finanzielles Einsparpotenziale verstanden und muss endlich so

finanziert werden, dass sich sowohl bereits bestehende Konzepte Umsetzung finden als auch Forderungen der Schüler\*innenschaft finanziert werden können.

#### 4. SOZIALES ENGAGEMENT

Schule soll gesellschaftliches Engagement fördern.

Wir fordern:

- die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit durch Zertifikate und Berücksichtigung bei Versetzungen,
- zeitliche Freiräume und finanzielle Unterstützung für Projekte,
- eine Kultur der Wertschätzung durch Auszeichnungen und Förderung durch Lehrkräfte.

#### 5. CHANCENGLEICHHEIT

##### 5.1 Kostenfreies Mittagessen

Gesunde Ernährung darf kein Luxus sein. Wir fordern kostenloses Mittagessen für alle Schüler\*innen,

unabhängig vom Einkommen der Eltern.

##### 5.2 Bezahlbare Mobilität

Schüler\*innen zahlen aktuell denselben Preis für das Deutschlandticket wie Erwachsene. Wir fordern

ein stark vergünstigtes Deutschlandticket.

##### 5.3 Bildungsgerechtigkeit

Wir fordern eine konsequente Entlastung von Familien bei Bildungskosten und eine klare Priorität sozialer Gerechtigkeit im gesamten Schulsystem.

##### 5.4 Barrierefreiheit

Wir fordern die vollständige Barrierefreiheit einer jeden Bildungsstätte. Das schließt sowohl physische

als auch sonstige Barrieren wie schwer verständliche Beschilderung ein.

#### 6. BUNDESWEHR AN SCHULEN

Schulen sind Orte der Bildung, nicht der Rekrutierung. Die Präsenz der Bundeswehr vermittelt oft ein

einseitiges Bild, das militärische Laufbahnen betont und die Folgen von Krieg ausblendet.

Wir fordern:

- dass die Bundeswehr nur auftreten darf, wenn neutrale und vielfältige Perspektiven sichergestellt sind,
- die verpflichtende Einbindung von Friedensinitiativen, Menschenrechtsorganisationen oder vergleichbaren Akteur\*innen,
- die klare Sicherung von Schulen als Räume kritischer Bildung, in denen Schüler\*innen eigenständig urteilen können, frei von militärischer Einflussnahme.

#### 7. ABSCHIEBUNGEN

Schule muss ein sicherer Ort sein, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Die Abschiebung von Schülerinnen zerstört Bildungsbiografien, entreißt junge Menschen ihrem sozialen Umfeld und erzeugt Angst und Unsicherheit bei Mitschüler\*innen.

Wir fordern daher:

- dass alle Schüler\*innen während ihrer Schullaufbahn vor Abschiebungen geschützt sind,
- dass das Recht auf Bildung und soziale Teilhabe Vorrang vor ausländerrechtlichen Maßnahmen hat,
- dass Politik und Verwaltung Verantwortung übernehmen, um Schulen als angstfreie Räume zu sichern.

#### 8. HANDY NUTZUNG

Wir fordern ein Verbot privater Handynutzung während der Schulzeit und auf dem Schulgelände.

Digitale Arbeit soll über schulische Endgeräte erfolgen. In Notfällen darf die Handynutzung nach Rücksprache mit Verantwortlichen erlaubt sein.

## 9. NACHHALTIGKEIT UND UMWELT

Die Klimakrise erfordert auch in Schulen konsequentes Handeln. Wir fordern:

- smarte Heizungssteuerungen und Solarpanels auf Schuldächern,
- verpflichtende Mülltrennung in allen Klassenzimmern,
- Pfandsysteme in Mensen und mehr vegetarische/vegane sowie regionale Angebote.

## 10. VIELFALT IN DER LITERATURAUSWAHL

Die Schullektüre spiegelt bisher nur einen kleinen Teil der Literaturwelt wider. Wir fordern eine vielfältigere Auswahl, die neben Klassikern auch Autorinnen, internationale Stimmen und diverse Perspektiven berücksichtigt. So wird Empathie gefördert und Lesemotivation gestärkt.

## 11. SCHULSANITÄTSDIENSTE

Erste Hilfe ist unverzichtbar. Wir fordern die flächendeckende Förderung von Schulsanitätsdiensten durch:

- ausreichende Ausstattung mit medizinischem Material,
- Finanzierung von Aus- und Fortbildungen,
- institutionelle Verankerung im Schulalltag,
- Anerkennung des Engagements in Zeugnissen oder Zertifikaten.
- Den Schulsanitätsdiensten soll die Möglichkeit für zwei Doppelstunden im Schuljahr pro Klasse gewährt werden, um Laienreanimation und Erste Hilfe zu lehren,
- Schulsanitäter sollen medizinische Maßnahmen entsprechend ihrer zertifizierten Ausbildung durchführen dürfen.

A;6 Änderungsantrag zum Grundsatzpapier

Antragstellende: BeVo im Auftrag der 13.BDK

Der Abschnitt soll in Gänze durch folgenden Wortlaut ersetzt werden:

Grün: Inhaltlich

Rot: Satzbau/Grammatik/Wortwahl

Blau: Gendern

Die Bezirksschüler\*innenvertretung Bonn Rhein-Sieg (BSV) versteht sich als die Stimme aller Schüler\*innen im Rhein-Sieg-Kreis und in der Bundesstadt Bonn. Unser Ziel ist es, die Schule demokratischer, gerechter und menschlicher zu gestalten. Schule soll ein Ort sein, an dem alle jungen

Menschen unabhängig von Herkunft, finanziellen Mitteln oder persönlicher Situation ihre Talente entfalten und ihre Persönlichkeit entwickeln können.

### 1. SCHÜLER\*INNENVERTRETUNGEN

#### 1.1 Existenz und Rechte von SV

Obwohl das Schulgesetz gemäß §74 des Landes Nordrhein-Westfalens eine SV vorsieht, werden ihre

Rechte vielerorts eingeschränkt. Wir fordern, dass SV-Arbeit an allen Schulen garantiert und aktiv gefördert wird. Die Verantwortung für die Existenz einer SV muss bei der Schulleitung liegen.

#### 1.2 Einfluss und Mitbestimmung

Eine SV darf nicht auf Kuchenverkauf reduziert werden. Wir fordern, dass Mitbestimmung, besonders

in Schulkonferenzen, anhand der Erlasse des jeweiligen Schulträgers konsequent und nach geltendem

Recht zu jeder Zeit realisiert wird, um die Partizipation der Schüler\*innen zu gewährleisten. Hierzu sollte die Schulleitung verpflichtet werden sicherzustellen, dass die SV Vertreter\*innen für die Schulkonferenz wählt.

### 1.3 Basisdemokratie

SV-Arbeit ist gelebte Demokratie. Wir sehen es als Pflicht aller Schulen durch eine Schüler\*innenvertretungen, Demokratie erfahrbar machen und so zu einer solidarischen Gesellschaft

beitragen. Die SV muss transparent gegenüber den Schüler\*innen arbeiten, die diese vertritt und deren Anliegen zuverlässig in ihre Arbeit einbinden.

### 1.4 Unterstützung aller Schulformen

Wir fordern, dass alle Schulformen – besonders Gesamtschulen, Realschulen und Berufsschulen – ihre SVen bestmöglich unterstützen und stärken.

## 2. BEZIRKSSCHÜLER\*INNENVERTRETUNG

### 2.1 Legitimation und Repräsentation

Die BSV Bonn Rhein-Sieg versteht sich als legitime Interessenvertretung aller Schüler\*innen aus Bonn

und dem Rhein-Sieg Kreis. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass noch nicht alle Schulen und Schulformen

vertreten sind. Wir streben kontinuierlich eine bessere Einbindung an.

### 2.2 Lobby für alle

Wir vertreten die Interessen aller Schüler\*innen aus unserem Kreis, unabhängig von Schulform, Herkunft oder Wohnort.

### 2.3 Klare Distanzierung von Diskriminierung

Wir lehnen jede Form von Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus und anderen Diskriminierungen ab. Zusammenarbeit mit diskriminierenden Organisationen schließen wir kategorisch aus.

### 2.4 Politische Unabhängigkeit

Die BSV ist überparteilich. Delegierte und Vorstand sind allein dem Willen der Schüler\*innen verpflichtet und müssen weitgehend Neutralität wahren. Jedoch, SVen sind eine wichtige gesellschaftliche Interessenvertretung Jugendlicher und besonders von Schüler\*innen und sollte daher zu wichtigen gesellschaftsrelevanten Debatten im Namen der Schüler\*innenschaft Stellung beziehen.

## 3. SCHULPOLITIK

### 3.1 Schule als Gemeinschaft

Schule ist mehr als ein Ort des Lernens, sie ist ein grundsätzlicher Bestandteil des Lebens eines/einer

jeden Jugendlichen. Wir fordern, dass sie von allen Beteiligten gemeinschaftlich gedacht wird. Nur in

Zusammenarbeit von Schüler\*innen, Lehrkräften und Eltern kann Schule ein Ort werden, an dem Demokratie, Teilhabe und ein respektvolles Miteinander gelebt werden.

### 3.2 Notendruck

Das bestehende Notensystem erzeugt bei vielen Schüler\*innen enormen Druck, Stress und Angst. Wir

fordern eine Reform, die den Fokus stärker auf Lernprozesse, individuelle Entwicklung und vielfältige

Leistungsnachweise legt. Ziel ist eine faire und zeitgemäße Leistungsbewertung, die Motivation fördert statt blockiert.

### 3.3 Mentale Gesundheit

Mentale Gesundheit ist eine Grundvoraussetzung für Bildung und persönliche Entwicklung.

Dennoch

werden Stress, Leistungsdruck und psychische Belastungen in Schulen oft übersehen.

Wir fordern:

- verpflichtende Projektstage zur mentalen Gesundheit,
  - die Integration von Stressbewältigung, Resilienz und Achtsamkeit in den Unterricht,
  - mehr Schulpsycholog\*innen und Sozialarbeiter\*innen,
  - niedrigschwellige Beratungsangebote direkt an den Schulen,
  - verbindliche Präventionskonzepte gegen Mobbing,
- Lehrkräfte sollten entlastet werden.

### 3.4 Digitalisierung

Eine moderne Schule braucht eine verlässliche digitale Ausstattung.

Wir fordern:

- IT-Fachkräfte an allen Schulen,
- verpflichtende Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Medien,
- Förderung von Medienkompetenz bei Schüler\*innen,
- klare Richtlinien für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz: Sie darf nur unterstützend wirken, nicht zur Kontrolle oder Bewertung,
- digitale Endgeräte für alle Schüler\*innen, unabhängig von Einkommen.

### 3.5 Finanzierung

Der Bildungssektor wurde zu lange als finanzielles Einsparpotenziale verstanden und muss endlich so

finanziert werden, dass sich sowohl bereits bestehende Konzepte Umsetzung finden als auch Forderungen der Schüler\*innenschaft finanziert werden können.

## 4. SOZIALES ENGAGEMENT

Schule soll gesellschaftliches Engagement fördern.

Wir fordern:

- die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit durch Zertifikate und Berücksichtigung bei Versetzungen,
- zeitliche Freiräume und finanzielle Unterstützung für Projekte,
- eine Kultur der Wertschätzung durch Auszeichnungen und Förderung durch Lehrkräfte.

## 5. CHANCENGLEICHHEIT

### 5.1 Kostenfreies Mittagessen

Gesunde Ernährung darf kein Luxus sein. Wir fordern kostenloses Mittagessen für alle Schüler\*innen,

unabhängig vom Einkommen der Eltern.

### 5.2 Bezahlbare Mobilität

Schüler\*innen zahlen aktuell denselben Preis für das Deutschlandticket wie Erwachsene. Wir fordern

ein stark vergünstigtes Deutschlandticket.

### 5.3 Bildungsgerechtigkeit

Wir fordern eine konsequente Entlastung von Familien bei Bildungskosten und eine klare Priorität sozialer Gerechtigkeit im gesamten Schulsystem.

### 5.4 Barrierefreiheit

Wir fordern die vollständige Barrierefreiheit einer jeden Bildungsstätte. Das schließt sowohl physische

als auch sonstige Barrieren wie schwer verständliche Beschilderung ein.

## 6. BUNDESWEHR AN SCHULEN

Schulen sind Orte der Bildung, nicht der Rekrutierung. Die Präsenz der Bundeswehr vermittelt oft ein

einseitiges Bild, das militärische Laufbahnen betont und die Folgen von Krieg ausblendet.

Wir fordern:

- dass die Bundeswehr nur auftreten darf, wenn neutrale und vielfältige Perspektiven sichergestellt sind,
- die verpflichtende Einbindung von Friedensinitiativen, Menschenrechtsorganisationen oder vergleichbaren Akteur\*innen,
- die klare Sicherung von Schulen als Räume kritischer Bildung, in denen Schüler\*innen eigenständig urteilen können, frei von militärischer Einflussnahme.

## 7. ABSCHIEBUNGEN

Schule muss ein sicherer Ort sein, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Die Abschiebung von Schülerinnen zerstört Bildungsbiografien, entreißt junge Menschen ihrem sozialen Umfeld und erzeugt Angst und Unsicherheit bei Mitschüler\*innen.

Wir fordern daher:

- dass alle Schüler\*innen während ihrer Schullaufbahn vor Abschiebungen geschützt sind,
- dass das Recht auf Bildung und soziale Teilhabe Vorrang vor ausländerrechtlichen Maßnahmen hat,
- dass Politik und Verwaltung Verantwortung übernehmen, um Schulen als angstfreie Räume zu sichern.

## 8. HANDY NUTZUNG

Wir fordern ein Verbot privater Handynutzung während der Schulzeit und auf dem Schulgelände. Digitale Arbeit soll über schulische Endgeräte erfolgen. In Notfällen darf die Handynutzung nach Rücksprache mit Verantwortlichen erlaubt sein.

## 9. NACHHALTIGKEIT UND UMWELT

Die Klimakrise erfordert auch in Schulen konsequentes Handeln. Wir fordern:

- smarte Heizungssteuerungen und Solarpanels auf Schuldächern,
- verpflichtende Mülltrennung in allen Klassenzimmern,
- Pfandsysteme in Mensen und mehr vegetarische/vegane sowie regionale Angebote.

## 10. VIELFALT IN DER LITERATURAUSWAHL

Die Schullektüre spiegelt bisher nur einen kleinen Teil der Literaturwelt wider. Wir fordern eine vielfältigere Auswahl, die neben Klassikern auch Autorinnen, internationale Stimmen und diverse Perspektiven berücksichtigt. So wird Empathie gefördert und Lesemotivation gestärkt.

## 11. SCHULSANITÄTSDIENSTE

Erste Hilfe ist unverzichtbar. Wir fordern die flächendeckende Förderung von Schulsanitätsdiensten durch:

- ausreichende Ausstattung mit medizinischem Material,
- Finanzierung von Aus- und Fortbildungen,
- institutionelle Verankerung im Schulalltag,
- Anerkennung des Engagements in Zeugnissen oder Zertifikaten.
- Den Schulsanitätsdiensten soll die Möglichkeit für zwei Doppelstunden im Schuljahr pro Klasse gewährt werden, um Laienreanimation und Erste Hilfe zu lehren,
- Schulsanitäter sollen medizinische Maßnahmen entsprechend ihrer zertifizierten Ausbildung durchführen dürfen.

## A7: Antrag an das Grundsatzpapier

Antragstellende: Vorstand (im Auftrag der 13. BDK)

Folgendes möge dem Grundsatzpapier der BSV Bonn-Rhein-Sieg hinzugefügt werden. Unter 3.4. Digitalisierung:

Eine moderne Schule braucht eine verlässliche digitale Ausstattung. Wir Verlangen mit allem Nachdruck:

- IT-Fachkräfte an allen Schulen,
- verpflichtende Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte im pädagogisch sinnvollen Umgang mit digitalen Medien,
- die systematische Förderung von Medienkompetenz bei Schüler\*innen,
- flächendeckend leistungsfähige Internetzugänge für alle Schüler\*innen in allen Schulgebäuden,
- digitale Endgeräte für alle Schüler\*innen – unabhängig vom Einkommen,
- klare und transparente Richtlinien für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz: Sie darf ausschließlich unterstützend wirken, nicht zur Kontrolle oder Bewertung.
- **Klassenzimmer mit interaktiven Whiteboards ausstatten.**

Zusätzlich fordern wir verbindliche Konzepte für den reflektierten Umgang mit KI – insbesondere im Hinblick auf Facharbeiten, Prüfungen und schulische Projekte.

Begründung: Erfolgt mündlich.

## A 8: Antrag an das Grundsatzpapier

Antragstellende: Vorstand (im Auftrag der 13. BDK)

Folgendes möge dem Grundsatzpapier der BSV Bonn-Rhein-Sieg hinzugefügt werden. Unter 10. Literatúrauswahl:

Der Lehrplan spiegelt bisher nur einen kleinen Teil der Literatur- und Kunstwelt wider. Wir fordern eine vielfältigere Auswahl, die neben Klassikern auch Autor\*innen und Künstler\*innen, internationale Stimmen und diverse Perspektiven berücksichtigt. So wird Empathie gefördert und Lese- und Lernmotivation gestärkt. **Eine breite Auswahl an Literatur, wo die Schüler\*innen selber auswählen was ausgewählt wird. Die zur Auswahl stehenden Bücher kommen aus einem vom Land bereit gestellten Katalog, welcher auch den Kontext der Bücher, wie z. B. die Herkunft, Geschlecht, Minderheiten usw. beachtet.**

Begründung: Erfolgt mündlich. Antrag an das Grundsatzpapier

Antragstellende: Vorstand (im Auftrag der 13. BDK)

Folgendes möge dem Grundsatzpapier der BSV Bonn-Rhein-Sieg den bestehenden Punkt ergänzt werden. Unter 8. Handynutzung:

Wir fordern ein Verbot privater Handynutzung während der Schulzeit und auf dem Schulgelände. Digitale Arbeit soll über schulische Endgeräte erfolgen. In Notfällen darf die Handynutzung nach Rücksprache mit Verantwortlichen erlaubt sein.

Private Handys und digitale Endgeräte dürfen im Unterricht nicht zu persönlichen Zwecken genutzt werden. Ab der Mittelstufe, zum Schutz der jüngeren Schüler, ist die Nutzung in den Pausen sowie in von der Schule festgelegten Räumen und zu bestimmten Zeiten erlaubt. Diese Regelung ist praxisnah, spart Ressourcen, da nicht jede Schule digitale Endgeräte für alle dauerhaft bereitstellen muss, und vermittelt den Schüler\*innen Eigenverantwortung im Umgang mit digitalen Medien. In Notfällen ist die Nutzung jederzeit gestattet.

Begründung: Erfolgt mündlich.

A9: Antrag an das Grundsatzpapier

Antragstellende: Vorstand (im Auftrag der 13. BDK)

Folgendes möge dem Grundsatzpapier der BSV Bonn-Rhein-Sieg den bestehenden Punkt ersetzen. Unter 8. Handynutzung:

Wir fordern ein Verbot privater Handynutzung während der Schulzeit und auf dem Schulgelände. Digitale Arbeit soll über schulische Endgeräte erfolgen. In Notfällen darf die Handynutzung nach Rücksprache mit Verantwortlichen erlaubt sein.

Wir fordern eine starke Einschränkung der Handynutzung, sowie der Nutzung Digitaler Endgeräte während der Schulzeit und auf dem Schulgelände. Die starke Einschränkung bezieht sich auf folgende Punkte:

- Ein generelles Verbot von Handy in den Stufen 5 bis einschließlich 7,
- Nur eine regulierte Nutzung von Handys ab der Stufe 8,

- Die Möglichkeit der Lehrkräfte, die Nutzung der digitalen Endgeräte zu sanktionieren, wenn sich die beteiligten Schüler\*innen nicht an vorab vereinbarten Regeln halten,
- Private Endgeräte zu schulischen Zwecken erst ab der Sek II (Ab Stufe 11) zu erlauben,
- Schul- und Stadteigene digitale Endgeräte allen Schüler\*innen zu Verfügung zu stellen, solange sie nicht in Konflikt mit den bereits bestehenden Punkte stehen

Begründung: Erfolgt mündlich.

A10: Antrag an das Grundsatzpapier

Antragstellende: Vorstand (im Auftrag der 13. BDK)

Folgendes möge dem Grundsatzpapier der BSV Bonn-Rhein-Sieg den bestehenden Punkt ersetzen. Unter 8. Handynutzung:

### 8.2. Mediennutzungskompetenzunterricht (MKU)

Kurzvideos, auch „Shorts“ genannt, gefährden die kognitiven Fähigkeiten und das Wohlbefinden der jungen Generation. Mögliche Folgen eines übermäßigen Kurzvideokonsums sind Störungen des Dopaminsystems, Depressionen, emotionale Abstumpfung und eine Beeinträchtigung der Aufmerksamkeitsspanne. Um über diese verheerenden Risiken, denen fast die gesamte Jugend ausgesetzt ist, aufzuklären, fordern wir die Einführung eines neuen Fachs: „Mediennutzungskompetenzunterricht“. In diesem Fach sollen Jugendliche einen wirklich verantwortungsvollen Umgang mit Medien erlernen.

Begründung: Erfolgt mündlich.

A11: Antrag an das Grundsatzpapier

Antragstellende: Vorstand (Im Auftrag der 13. BDK)

Folgendes möge dem Grundsatzpapier der BSV Bonn-Rhein-Sieg hinzugefügt werden:

Auftritte der Bundeswehr an Schulen sollen Schülerinnen über Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten informieren und so zur Berufsorientierung beitragen. Gleichzeitig ist bekannt, dass solche Veranstaltungen häufig nur die positiven Seiten militärischer Laufbahnen zeigen und Risiken, ethische Fragen sowie die Folgen von

Auslandseinsätzen nur unzureichend dargestellt werden. Deshalb müssen diese Auftritte immer klar als Werbung gekennzeichnet sein, Perspektiven von Friedens- oder Menschenrechtsorganisationen einbezogen werden, und die Teilnahme für Schülerinnen darf nicht verpflichtend sein

Wir fordern Werbung für Praktika bei der Bundeswehr in der Schule als Hilfe zur eigenen Meinungsbildung zum Dienst an der Waffe

Begründung: Erfolgt mündlich.